

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der Stadt Monheim am Rhein vom 01.12.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 17:03 Uhr
Ende: 22:44 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Kämmerin

Frau Sabine Noll

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Vertretung für Frau Bianca Rosenstetter

Herr Patrick Fuest

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Vertretung für Herr Christian Weiffen

Herr Tim Kögler

Herr Steffen Pawlik

Herr Lucas Risse

ab Tagesordnungspunkt ö 8

Frau Monika Sikora

Herr Marius Volgmann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Vertretung für Herr Benjamin Kenzler

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Herr Stefan Becher

Frau Jana Becker

Herr Manfred Hein

Herr Guido Krämer

Herr Georg Kruhl

Frau Ella Lebzak
Herr Ralf Richrath
Frau Laura Siebert
Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Waters
Herr Oliver Wiesner

Gäste

Frau Brock
Herr Gohl
Herr Siebenmorgen

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Frau Bianca Rosenstetter
Herr Christian Weiffen

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler

von der Verwaltung

Frau Kerstin Frey
Herr Michael Lobe
Herr Marc Oberthür

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 08.09.2016 -öffentlicher Teil-	IX/0963
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung) vom 24.09.2015"	IX/0934
6	8. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"	IX/0950

7	2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"	IX/0970
8	8. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/0976
9	3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014"	IX/0986
10	3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/0987
11	Umgestaltung der Kreuzung Baumberger Chaussee / Niederstraße zu einem Kreisverkehrsplatz	IX/0941
12	Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl	IX/0965
13	Sachstand zur Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld	IX/0948
14	Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet	IX/0949
15	Sachstandsbericht Masterplan Innenstadt und Altstadtrahmenplanung - Mündlicher Vortrag der Verwaltung	IX/0978
16	Fortführung integriertes Handlungskonzept	IX/0979
17	Abschlussbericht integriertes energetisches Quartiersanierungskonzept für das Berliner Viertel	IX/0982
18	Vergabe von Straßennamen	IX/0975
19	Bebauungsplan 126M "Menk-Gelände" 1. Behandlung der Anregungen 2. Satzungsbeschluss 3. städtebaulicher Vertrag	IX/0828
20	Bebauungsplan 94.1M - 3. Änderung "Am Kielsgraben" 1. Abwägung der Anregungen 2. Satzungsbeschluss	IX/0926
21	Bebauungsplan 49B - 2.Änderung "Gewerbegebiet Knipprather Busch" 1. Behandlung der Anregungen 2. erneute eingeschränkte Öffentliche Auslegung	IX/0935
22	Bebauungsplan 49B "Gewerbegebiet Knipprather Busch" - 2. Änderung Verlängerung der Veränderungssperre	IX/0967
23	Bebauungsplan 69B "Grazer Straße" 1. Aufstellungsbeschluss	IX/0977

2. Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

- | | | |
|------|--|---------|
| 24 | Haushaltsplanberatungen 2017 für die Bereiche 60 und 61 | IX/0930 |
| 25 | Mündliche Mitteilungen | |
| 26 | Mündliche Anfragen | |
| 26.1 | Anfrage von Ratsherr Nagy -CDU- Baubeginn Nord-Süd Spange | |
| 26.2 | Anfrage von Ratsherr Gronauer -CDU- Erreichbarkeit des Schützenplatzes während der Karnevalszeit | |

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung –öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 08.09.2016 - öffentlicher Teil- Vorlage: IX/0963

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung –öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5 1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung) vom 24.09.2015" Vorlage: IX/0934

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung) vom 24.09.2015“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

6 8. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"
Vorlage: IX/0950

Der Vertreter der SPD-Fraktion beabsichtigt der Vorlage wegen der auf Dauer entstehenden Kosten der Übernahme der Landstraßen nicht zuzustimmen. Er fragt die Verwaltung hinsichtlich des vermehrten Herbstlaubs im Straßenraum, ob hier die Möglichkeit der Anordnung temporärer Haltverbote besteht.

Der Vertreter der Verwaltung berichtet, dass in Parktaschen im Rahmen größerer Aktionen erfolgreich Sonderreinigungen durchgeführt wurden. Diese einzelnen Aktionen sollen in Zukunft fortgesetzt werden. Flächendeckende Haltverbote seien nicht umsetzbar, da die Straßenreinigung an drei Tagen in der Woche erfolge, mithin jeweils in einem Drittel des Stadtgebietes Haltverbote angeordnet werden müssten was den Verkehrsteilnehmern nicht vermittelt werden könne.

Beschlussempfehlung

Die 8. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

dafür: PETO; CDU; Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: SPD

7 2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"
Vorlage: IX/0970

Die Vertreterin der PETO-Fraktion stellt folgenden Antrag zum Tagesordnungspunkt: Die Verwaltung wird beauftragt, einen Konzeptvorschlag für ein stadtweites, über Abfallgebühren finanziertes, saisonales Holsystem für Herbstlaub z. B. durch Laubboxen oder kompostierbare Laubsäcke zu entwickeln und den Ratsgremien im ersten Halbjahr 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion stellt in diesem Zusammenhang den zusätzlichen Antrag, dass die Verwaltung prüfen möge, die wöchentliche Abfuhr der Biotonnen

zukünftig bis Ende November zu verlängern.

Der Ausschuss stimmt einstimmig für die vorstehenden Anträge.

Beschlussempfehlung

Die 2. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 8. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0976

Der Vertreter der Verwaltung weist auf eine erforderliche Änderung hin, die ihr erst am Vortag der Sitzung zur Kenntnis gelangte und mittels Versionsvorlage zur HAFI-Sitzung nachgereicht wird. Es handele sich um die Sperrung der Autobahn 542 zur Deponie. Hierdurch fordere der Entsorger wegen des zu fahrenden Umweges einen Betrag der noch ausverhandelt werden müsse. Die Verwaltung werde in diesem Zusammenhang auch bereits Kosten für die mögliche Umsetzung des Antrages aus dem vorigen TOP in die Gebührenkalkulation einstellen.

Beschlussempfehlung

Die 8. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014"**
Vorlage: IX/0986

Der Vertreter der Verwaltung weist darauf hin, dass wegen einer vor kurzem geschlossenen Vereinbarung über die Rattenbekämpfung mit dem Kreis weitere gebührenpflichtige Kosten kalkuliert werden müssen. Zur Sitzung des HAFI werde die Verwaltung eine Versionsvorlage erstellen.

Beschlussempfehlung

Die 3. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom

18.12.2014“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

10 3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"
Vorlage: IX/0987

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt, ob der mit der Pflege der Friedhöfe beauftragte Dienstleister dieselben Arbeiten ausführt wie die bisher dort tätigen städtischen Bediensteten. Weiter fragt er, ob der Vertrag mit dem Dienstleister eine Probezeit beinhaltet und wie sich die Gebühren entwickeln, falls der Vertrag mit dem Dienstleister nicht weiter verlängert werde.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Mitarbeiter der Stadt auf eigenen Wunsch die Tätigkeit gewechselt hätten und die Stadt wegen fehlender personeller Möglichkeiten die Leistungen ausgeschrieben habe. Mit dem Personalrat sei zunächst keine Probezeit vereinbart, es handele sich zunächst um eine befristete Maßnahme zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes auf den Friedhöfen. Bei Rücknahme in die städtischen Betriebe sei mit höheren Kosten zu rechnen. Die Gebührensätze beruhen grundsätzlich auf den Kosten des kommenden Jahres. Höhere Gebühren in den Folgejahren werden durch neue Gebührensätze in diesen Jahren ersetzt. Im Rahmen des Kommunalabgabengesetzes können Gebühren für maximal 3 Jahre kalkuliert werden.

Beschlussempfehlung

Die 3. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

11 Umgestaltung der Kreuzung Baumberger Chaussee / Niederstraße zu einem Kreisverkehrsplatz
Vorlage: IX/0941

Herr Siebenmorgen von der Planungsgruppe MWM stellt das Projekt ausführlich vor.

Der Vertreter der PETO-Fraktion fragt nach der Art der Gestaltung der Mitte des Kreisverkehrs. Die Verwaltung antwortet, dass zunächst nur eine Düngepflanzung erfolgt. Es folgen zu einem späteren Zeitpunkt künstlerische Gestaltungsmaßnahmen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion begrüßt die vorliegende Planung.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt grundsätzlich die Planung

und fragt hinsichtlich des Radverkehrs, ob dieser komfortabler gestaltet werden könne. Weiter fragt er, warum die Lösungen der Führung von Radfahrern in Kreisverkehren des Radschnellweges unterschiedlich erfolgen.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass richtlinienkonform gebaut werden müsse, man jedoch versuche für die Radfahrer innerhalb der Richtlinien so barrierearm wie möglich zu bauen.

Die unterschiedlichen Führungen in den Kreisverkehren resultieren aus teilweise unterschiedlichen Kreisverkehrsgrößen und dem jeweiligen Verkehrsaufkommen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion begrüßt die Maßnahme.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bittet die Verwaltung den Bau mit so wenigen Einschränkungen für die Verkehrsteilnehmer wie möglich herzustellen.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Baumberger Chaussee / Niederstraße“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

12 Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl Vorlage: IX/0965

Herr Gohl vom Ingenieurbüro Gohl erläutert ausführlich die vorliegende Planung.

Der Vertreter der CDU-Fraktion stellt fest, dass nach Aussage des Planers entgegen der Vorlage Bäume wegfallen werden. Auch bei der Anzahl der Parkplätze sei der Text der Vorlage unpräzise gefasst.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte die Bäume einfach nur erhalten.

Der Vertreter der SPD-Fraktion sieht in der Vorlage einen ordentlichen Kompromiss und schlägt vor alle Parkflächen für Fahrzeuge zu markieren.

Der Vertreter der Verwaltung ergänzt zum Thema, dass aufgrund aktueller Erkenntnisse zum Kanalbau die Haushaltsstelle für das nächste Jahr angepasst werden müsse. Der Finanzbedarf betrage € 450.000,-. Der Landschaftsverband habe der Gemeinde eine archäologische Begleitung der Maßnahme auferlegt. Hierdurch entstünden ggf. unbekannte Kosten wegen eventueller Rückstände einer erwarteten Stadtmauer. In der Änderungsliste ist die Anpassung vorgesehen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, ob der Zugweg des Karnevals betroffen sein wird und ob hierüber mit der GROMOKA gesprochen wurde.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet dass es zu einer Vollsperrung komme, worüber die Anwohner bereits informiert seien und Zugang fänden. Hinsichtlich des Karnevalszuges sei nichts über Gespräche bekannt, ggf. müsse der Zugweg leicht verändert werden. Die Verwaltung habe darauf geachtet, dass das Schürefest stattfinden könne.

Der Vertreter der PETO-Fraktion fragt, ob die Baustelle des Stadteinganges bis zum Baubeginn wieder frei befahrbar ist, da es ansonsten Probleme mit den Bussen gebe. Die Verwaltung sieht hier keine Probleme.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

**13 Sachstand zur Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld
Vorlage: IX/0948**

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

**14 Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet
Vorlage: IX/0949**

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, welche Mehrkosten durch die geringere Förderung anfallen. Die vorliegenden Pläne wären schlecht lesbar. Er fragt die Verwaltung, ob durch den Austritt der Stadt Nachteile für andere Städte entstünden und ob ein Wiedereintritt in die Gemeinschaft möglich sei.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass der Austritt dazu führe, dass es einen kommunalen Radschnellweg gebe. Die beiliegenden Pläne seien die bisher gemeinsam ausgearbeiteten. Die Stadt könne den Radschnellweg durch den Austritt schneller umsetzen. Durch den hohen Eigenanteil in den Kreuzungsbereichen entstünden der Stadt nur geringfügig höhere Kosten die bei der guten Finanzlage ohne Probleme bewältigt werden können. Die anderen Städte haben keine Nachteile durch den Austritt zu befürchten. Einen Wiedereintritt halte die Verwaltung nicht für notwendig.

Eine konkrete Bezifferung der Kosten der Maßnahme könne derzeit nicht benannt werden.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt zu Punkt 4 des Beschlussvorschlages, ob es möglich sei, dass die Stadt ggf. keine Förderung erhalte. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass nach einer Befahrung unter Beteiligung eines Vertreters des Verkehrsministeriums die Förderung in Höhe von 60 % in Aussicht gestellt wurde und die Verwaltung fest mit dem Zuschuss rechne.

Beschlussempfehlung

Zur Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet beschließt der Rat der Stadt folgende Vorgehensweise:

1. Er nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung und Vorgehensweise des Radschnellweges im Rahmen des Landesprogrammes zur Kenntnis.
2. Er beschließt den formalen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft der Städte Neuss, Düsseldorf, Langenfeld und Monheim.
3. Er beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung des bisherigen Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet als kommunalen Radschnellweg fortzusetzen. Die Umsetzung soll nach städtischen

Erfordernissen erfolgen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Umsetzung von Maßnahmen des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet Fördermittel des Landes zu beantragen.
5. Er beschließt, dass jedes Einzelprojekt nochmals durch einen gesonderten Baubeschluss angemeldet und beauftragt wird.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung: SPD

**15 Sachstandsbericht Masterplan Innenstadt und Altstadttrahmenplanung
- Mündlicher Vortrag der Verwaltung
Vorlage: IX/0978**

Der Vertreter der Verwaltung stellt den Sachstand ausführlich vor.

zur Kenntnis genommen

**16 Fortführung integriertes Handlungskonzept
Vorlage: IX/0979**

Der Vertreter der Verwaltung erläutert einführend die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bemängelt, dass das Konzept mit rund 170 Seiten erst im Laufe des heutigen Tages den Gremienmitgliedern zugänglich gemacht wurde. Insofern werde seine Fraktion zunächst das Konzept lesen bevor man über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen könne.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne ebenfalls heute nicht über den Beschlussvorschlag abstimmen und beantragt die Abstimmung über die Vorlage in die Sitzung des HAFI am 07.12.2016 zu verlegen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion sieht eine positive Kontinuität in der Stadtplanung. Zustimmen könne seine Fraktion nicht, da man das umfangreiche Konzept ebenfalls nicht habe lesen können.

Der Vertreter der PETO-Fraktion dankt der Verwaltung für die umfassende Vorlage. Die Dringlichkeit sei plausibel dargestellt und von seiner Fraktion unterstützt.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Vorlage im heutigen Ausschuss vorberaten werde und der Beschluss erst in der folgenden Ratssitzung gefasst werde. Eine Beratung im HAFI sei nicht vorgesehen und könne nicht vom Ausschuss beschlossen werden. Bis zur Ratssitzung biete er an, dass die Fachleute des Bereiches Stadtplanung den Fraktionen in den Fraktionssitzungen die Inhalte des Konzeptes näher erläutern und für weitere Fragen zur Verfügung stehen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion hält den Vorschlag des Bürgermeisters nicht für ausreichend um eine politische Debatte führen zu können.

Der Bürgermeister schlägt ergänzend vor, zusätzlich zu den Gesprächen in den Fraktionen am 14.12.2016 vor der Ratssitzung eine Sondersitzung des Planungsausschusses anzusetzen, um das Thema dort zu debattieren. Sollten die Fraktionen nach den Fraktionssitzungen und Erläuterungen der Mitarbeiter des Bereiches Stadtplanung zu dem Ergebnis kommen, dass diese Sondersitzung nicht

benötigt werde, könne diese auch kurzfristig gestrichen werden.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, eine Sondersitzung vor dem HAFI am 07.12.2016 einzuberufen, um den Abgabetermin am 09.12.2016 bei der Bezirksregierung einhalten zu können.

Der Bürgermeister antwortet, dass diese Möglichkeit wegen der einzuhaltenden Einladungsfrist von 9 Tagen nicht bestünde. Ein Beschluss solle heute gefasst werden um fristgerecht der Bezirksregierung einen Antrag einzureichen. Der Planungsausschuss solle am 14.12. um 15:00 Uhr vor der Ratssitzung stattfinden, der Beginn der Ratssitzung werde dann auf 17:00 Uhr verlegt. Hierdurch könne die Vorlage inhaltlich besprochen werden. Eventuelle Änderungswünsche könnten dann in der folgenden Ratssitzung beschlossen werden.

Beschlussempfehlung

Die Fortführung des integrierten Handlungskonzepts zur Stärkung der Innenstadt in Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Anträge zur Fortschreibung des Städtebauförderprogramms zu stellen.

einstimmig zugestimmt

dafür: PETO

Enthaltung: SPD; CDU; Bündnis 90/Die Grünen

17 Abschlussbericht integriertes energetisches Quartiersanierungskonzept für das Berliner Viertel Vorlage: IX/0982

Herr Cüppers von der Firma STEG erläutert ausführlich das vorliegend Konzept.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die praktische Umsetzung für wichtig.

Der Vertreter der PETO-Fraktion begrüßt das vorliegende Konzept.

Nach Abstimmung über den Tagesordnungspunkt schlägt der Vorsitzende um 20:15 Uhr eine Unterbrechung der Sitzung vor. Die Mitglieder befürworten den Vorschlag.

Beschlussempfehlung

Das integrierte energetische Quartiersanierungskonzept für das Berliner Viertel wird in der vorliegenden Form beschlossen und die Verwaltung beauftragt hieraus für das weitere Vorgehen geeignete Einzelmaßnahmen abzuleiten.

einstimmig zugestimmt

18 Vergabe von Straßennamen Vorlage: IX/0975

Nach Ende der Sitzungspause um 20:27 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Der Bürgermeister schlägt eine Änderung zu den Planstraßen im Waldbeerenberg vor. Hier soll auf den Namen Shimon-Peres-Straße verzichtet werden, dafür soll eine Straße den Namen Menachem-Begin-Straße tragen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt für die Benennung der Straßen die alten Flur- oder Gewannenbezeichnungen zu nutzen. Für die Planstraßen 2-6 schlage seine Fraktion vor: Am Waldbeerenberg, Im Eichengrund, Am Grindkuhlsweg, Am Dionesmorgen, Am Heller Kirchturm. Für die Planstraße 1 schlage man die Bezeichnung Heinz-Josef-Muhr-Ring vor. Der Platz zwischen Benrather Straße und Berghausener Straße solle als Tirat-Carmel-Platz benannt werden. Ziffer 2 und 3 der Verwaltungsvorlage schließe sich seine Fraktion an.

Der Vertreter der SPD-Fraktion unterstützt die Idee die Benennung der Straßen in dem Gebiet thematisch mit der Partnerstadt Tirat Carmel zu verbinden. Seine Fraktion habe keine Einwände gegen die vorgeschlagenen Personen, schlage alternativ jedoch vor, die Straßen nach der Stadt Haifa, der Stadt Jerusalem, Golda Meir und Theodor Herzl zu benennen. Er wünsche sich bei den vorliegenden Varianten jedoch keine Kampfabstimmung. Es sollte zunächst ein kleiner Kreis von Personen des Rates gebildet werden, der einen Vorschlag erarbeitet der eine allgemeine Zustimmung findet. Sich von Tirat Carmel abzuwenden wäre ein schlechtes Zeichen.

Der Vertreter der PETO-Fraktion hält eine Kampfabstimmung ebenfalls nicht für sinnvoll plädiert aber für eine Orientierung in Richtung der Partnerstadt Tirat Carmel.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Vorschlag der SPD-Fraktion, in kleinem Kreis einen Vorschlag zu Benennung der Straßen auszuarbeiten, für sinnvoll.

Beschlussempfehlung

1. Die Planstraßen im Baugebiet zum Bebauungsplan 63B „Am Waldbeerenberg“ werden:
 - Europaallee
 - Yitzhak-Rabin-Straße
 - Hannah-Szenes-Straße
 - Menachem-Begin-Straße
 - Tirat-Carmel-Straße
 - Henrietta-Szold-Straße benannt.
2. Der Grünzug zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und der Benrather Straße wird „Atasehir-Park“ benannt.
3. Der „Königsberger Platz“ wird in „Malbork-Platz“ umbenannt.

ohne Beschlussempfehlung bei Enthaltung aller Gremienmitglieder

19 Bebauungsplan 126M "Menk-Gelände"

- 1. Behandlung der Anregungen**
 - 2. Satzungsbeschluss**
 - 3. städtebaulicher Vertrag**
- Vorlage: IX/0828**

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur

Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.

2. Der Bebauungsplan 126M „Menk-Gelände“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.
3. Dem städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

20 Bebauungsplan 94.1M - 3. Änderung "Am Kielsgraben"

1. Abwägung der Anregungen

2. Satzungsbeschluss

Vorlage: IX/0926

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan 94.1 M – 3.Änderung „Am Kielsgraben“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

21 Bebauungsplan 49B - 2.Änderung "Gewerbegebiet Knipprather Busch"

1. Behandlung der Anregungen

2. erneute eingeschränkte Öffentliche Auslegung

Vorlage: IX/0935

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes 49B- 2. Änderung – „Gewerbegebiet Knipprather Busch“ wird gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich ausgelegt.
3. Stellungnahmen sind gemäß § 4a Abs. 3 Satz1 Baugesetzbuch (BauGB) nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen zugelassen.

einstimmig zugestimmt

22 Bebauungsplan 49B "Gewerbegebiet Knipprather Busch" - 2. Änderung

Verlängerung der Veränderungssperre

Vorlage: IX/0967

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt nach dem Grund für die Veränderungssperre.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass dort Verfahren laufen die der Planung widersprechen. Es soll eine Ausweitung der Wohnnutzung begrenzt werden, um hieraus resultierende Nachteile für die dortige gewerbliche Nutzung zu unterbinden.

Beschlussempfehlung

Auf Grundlage des § 17 Abs.1 BauGB wird die für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes 49B „Gewerbegebiet Knipprather Busch“ seit dem 19.12.2014 bestehende Satzung über die Veränderungssperre um 1 Jahr verlängert.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung: CDU

23

Bebauungsplan 69B "Grazer Straße"

1. Aufstellungsbeschluss

2. Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Vorlage: IX/0977

Der Vertreter der Verwaltung erläutert die Vorlage.

Der Vertreter der SPD-Fraktion stimmt dem Ziel der Vorlage zu und bevorzugt die Variante 2.

Der Vertreter der CDU-Fraktion schildert, dass sich im dortigen Gebiet nach seiner Kenntnis niemand verändern wolle. Die geplante Herabstufung des Gebietes vom reinen zum allgemeinen Wohngebiet hänge seines Erachtens mit dem gegenüberliegend geplanten Betriebshof zusammen, da der Kreis Mettmann nach seiner Kenntnis wegen des reinen Wohngebietes keine Betriebserlaubnis für den Betriebshof erteilen wolle. Seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass vom Betriebshof keine schädlichen Immissionen in das benachbarte Wohngebiet ausgehen werden. Die Stadt werde im Baugenehmigungsverfahren für den Betriebshof mit dem Kreis eine Lösung finden wie in vielen anderen Fällen bereits geschehen. Die vorliegende Planung sei hiervon unabhängig, es liege lediglich ein zeitlicher Zusammenhang vor. Die Vorlage diene der Möglichkeit der Schaffung von mehr Wohnraum und biete den Eigentümern der Flächen eine entsprechende Entwicklungsmöglichkeit.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bevorzugt die Variante 1

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt den Bürgermeister, ob es stimme, dass der Betriebshof bei der derzeitigen Konstellation dieses Gebietes nicht in Betrieb gehen dürfe.

Der Bürgermeister antwortet, dass es keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Bebauungsplan und dem Betriebshof gebe. Der Betriebshof könne auch ohne Änderung des Bebauungsplanes in Betrieb gehen.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans 69B „Grazer Straße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplans ist es die die Innenentwicklung zu fördern und zusätzliche Wohnnutzungen zu ermöglichen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans 69B ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Der Bebauungsplan 69B „Grazer Straße“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von

einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.

3. Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

mehrheitlich zugestimmt
dafür: PETO; SPD; Bündnis 90/Die Grünen
dagegen: CDU

24 Haushaltsplanberatungen 2017 für die Bereiche 60 und 61
Vorlage: IX/0930

Der Vorsitzende ruft die einzelnen Seiten des Haushaltes auf.

Seite 287: Der Vertreter der SPD-Fraktion bittet die Verwaltung um Erstellung einer Liste der Gutachten mit den entstehenden Kosten. Der Vertreter der Verwaltung teilt mit, dass es vorab nur eine grobe Liste gebe da der Umfang nicht bekannt, jedoch keine Kostenaufstellung. Der Vertreter der SPD-Fraktion bittet sodann um eine rückwirkende Auflistung der beauftragten Gutachten. Die Verwaltung sagt dies zu.

Seite 321: Der Vertreter der Verwaltung teilt eine Änderung zur Maßnahme „Heide/Alfred-Nobel-Straße“ mit. Die Maßnahme werde umfangreicher, da das Niederschlagswasser der Straße als belastet gelte, somit getrennt abgeführt und vor Einleitung in den Rhein behandelt werden müsse. Die Baukosten sind daher auf 2,2 Mio. € zu veranschlagen, bisher seien € 340.000,- veranschlagt gewesen.

Seite 324: Wie unter TOP 12 der Sitzung bereits durch die Verwaltung berichtet, beträgt der Finanzbedarf im Kanalbau 2017 wegen einer der Stadt durch den Landschaftsverband auferlegten archäologischen Begleitung der Maßnahme nunmehr € 450.000,-.

Seite 331: Der Vertreter der CDU-Fraktion beantragt bei den öffentlichen Verkehrsflächen folgendes Ziel aufzunehmen: „-Koordinierung anstehender Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen öffentlicher Straßen im Stadtgebiet. Ein reibungsloser und sicherer Verkehrsfluss ist jederzeit zu gewährleisten.“

Der Bürgermeister hält den Zielvorschlag nicht für nachvollziehbar, da seitens des zuständigen Bereiches der Verkehr unter Berücksichtigung der Baumaßnahmen gut geführt werde. Auch in der Zukunft sei mit vielen Maßnahmen zu rechnen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag gesondert abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der PETO-Fraktion abgelehnt. Dafür stimmen CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Seite 339: Der Vertreter der Verwaltung berichtet, dass die Kosten für die Hauptstraße in 2017 erhöht werden müssen, da Maßnahmen der Verkehrssicherung, umzulegende Versorgungsleitungen in erhöhtem Maße und Anpassungen im Bereich der Tragschicht rund € 300.000,- höhere Kosten verursachen.

Seite 341: Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob sich durch den Beschluss in der heutigen Sitzung Änderungen an den Kosten des Radschnellweges ergeben. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass es sich bei dem eingestellten

Wert um eine Prognose handelt.

Zum Brunnen am Altstadtplatz fragt der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiter, ob dort ein neuer Brunnen errichtet werden solle. Der Bürgermeister antwortet, dass hier lediglich die Technik des vorhandenen Brunnens ausgetauscht werde.

Seite 342: Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass im Bereich der Straßenbeleuchtung im Zuge der Verlegung von Lichtwellenleitern zusätzliche Rohrrohre verlegt werden, die eine Ansatzserhöhung erforderlich machen.

Seite 344: Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt zum Rückbau der Haltestelle „Alter Markt“, ob es sich um einen Rückbau oder einen Ausbau handele. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die BSM die Haltestelle weiterhin benötige.

Seite 344: Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt zum Umbau der Sandstraße, ob die dort befindlichen Bäume gefällt werden sollen. Der Bürgermeister antwortet, dass die Bäume in schlechtem Zustand seien, an der Fällung somit kein Weg vorbei ginge. Im Frühjahr werde es diesbezüglich eine Bürgerbeteiligung geben.

Seite 346: Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt hinsichtlich der Fußgängerzone Heinestraße, ob es sich hier nicht um eine Privatstraße handele. Der Bürgermeister antwortet, dass die Heinestraße im kommenden Jahr in städtische Regie übernommen werden und umgestaltet werden solle.

Seite 360: Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt zum Ziel der Steigerung der Quote der Bäume an, dass dieses Ziel auch umgesetzt werden sollte.

Seite 375: Der Vertreter der CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Im Bereich 60 Friedhöfe werden im Finanzplan € 50.000,- zur Errichtung eines Kolumbariums auf dem Friedhof in Baumberg eingestellt.

Nachdem der Bürgermeister zusagt, dass dem Ausschuss in dieser Richtung im Jahr 2017 eine durchkalkulierte Beschlussvorlage vorgelegt werde, zieht die CDU-Fraktion den Antrag zurück.

Auf Anfrage des Vorsitzenden bestehen seitens der Ausschussmitglieder keine Bedenken dagegen, den Bürgerhaushalt wie in den Vorjahren an den HAFI zu überweisen.

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2017 für die Bereiche 60–Bauwesen und 61–Stadtplanung und Bauaufsicht wird mit den in der Sitzung am 01.12.2016 beschlossenen Änderungen zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

einstimmig zugestimmt

25 Mündliche Mitteilungen

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

26 Mündliche Anfragen

26.1 Anfrage von Ratsherr Nagy -CDU- Baubeginn Nord-Süd Spange

Ratsherr Nagy fragt, wann mit dem Baubeginn der Nord-Süd Spange zu rechnen sei. Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass Mitte 2017 Baurecht für die Straße vorliege. Mit einer Fertigstellung könne möglicherweise im Jahr 2019 gerechnet werden.

26.2 Anfrage von Ratsherr Gronauer -CDU- Erreichbarkeit des Schützenplatzes während der Karnevalszeit

Ratsherr Gronauer fragt, ob die Zuwegung zum Festzelt auf dem Schützenplatz zu Karneval in diesem Jahr gesichert sei.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass die Zufahrt im vergangenen Jahr nur als Provisorium ausgeführt worden sei, woraus die damaligen Probleme resultierten. In diesem Jahr ist der Fußgängerbereich bereits fertiggestellt, die Zufahrt wird voraussichtlich ebenfalls fertig sein.

Andy Eggert
Ausschussvorsitzender

Wolfgang Mansen
Schriftführer